

Erklärung zum Konflikt um die Nutzung der Villa Rühl

Als Mitglieder dieser Universität halten wir es für geboten, zur Auseinandersetzung um die Nutzung der Villa Rühl Stellung zu nehmen:

In dieser Auseinandersetzung ist deutlich geworden, dass nicht nur um den angemessenen politischen und rechtlichen Umgang mit Besetzungen von Universitätsgebäuden gerungen wird, sondern auch um das Verständnis der Rolle und Bedeutung der Universität. Die Leitung der Universität hat dazu in der Presse und in hochschulinternen Informationen erklärt, sie sehe keine Verantwortung der Universität für stadtpolitische gesellschaftliche Problemlagen.

Wir möchten dem entgegen in Erinnerung rufen, dass sich das moderne Verständnis der Universität gerade gegenteilig durch eine Verantwortung für gesellschaftliche Entwicklungen auszeichnet. Darunter verstehen wir nicht lediglich die unmittelbaren Effekte des Ausbaus der Universität auf die Stadtentwicklung. Viel grundlegender geht es darum anzuerkennen, dass die Universität kein abgeschlossener Mikrokosmos ist, sondern ein öffentlicher Raum und Teil der Gesellschaft; dass es seit der Aufklärung zum eigenen Selbstverständnis gehört, Forschung und Lehre im Dienst der Gesellschaft zu verfolgen, indem die Universität zur Mündigkeit und Selbstbestimmung der Menschen in einer vernünftigen, freien Gesellschaft beiträgt – oder, wie es Max Horkheimer formulierte, dass ihre Mitglieder bei aller Verschiedenheit der Auffassungen miteinander verschworen sind im gemeinsamen Glauben, dass die Menschen die Welt menschlich einrichten können.

Gerade die Universität Kassel hat sich seit ihrer Gründung als Reformhochschule diesem Anspruch verschrieben, und das Interesse, in die Gesellschaft als Ganze und die Stadt Kassel im Besonderen hineinzuwirken – und sie tut dies auch in vielfacher Hinsicht. Dazu zählen nicht nur die verschiedenen Formen des Wissenstransfers aus der Akademie in das politische, soziale und ökonomische Leben der Stadt, dazu zählen auch die manifesten Folgen, die die aktuelle Erweiterung des Campus in die Nordstadt für dieses Wohnquartier hat. Verschiedene Initiativen wie der Science Park zeigen, dass die Universität diese Außenwirkung auch als aktive und bewusste Politik betreibt. Andersherum könnte sie ohne diese Stadt und ihre Menschen gar nicht existieren. Die Universität ist Teil dieser Stadt und ihre Gebäude sind Gebäude dieser Stadt.

Aus diesem Selbstverständnis folgt auch, dass die Universität keine Institution ist, in der lediglich Ausbildungsprozesse verwaltet werden, sondern vielmehr eine demokratische Institution, die einer demokratischen universitären Öffentlichkeit bedarf – und die Studierenden sind der wichtigste Teil dieser Öffentlichkeit.

Mit diesem Selbstverständnis ist es unvereinbar, dass eine Pressekonferenz in Universitätsräumen veranstaltet wird, die Studierende sowie andere Angehörige der Universität mit polizeilichen Mitteln ausschließt.

Daher fordern wir die Universitätsleitung auf, ihre Haltung in diesen Punkten zu überdenken, und durch die Rücknahme der Strafanträge zudem dafür Sorge zu tragen, dass das Verhalten der Studierenden keine strafrechtlichen Konsequenzen nach sich zieht.

Erstunterzeichnende: Fachgruppen Politikwissenschaft und Soziologie (FB 5), Studiengänge Visuelle Kommunikation und Bildende Kunst (Kunsthochschule), Mittelbau des Instituts für Urbane Entwicklungen/Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie (FB 6), Fachgebiet Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Soziale Arbeit und außerschulische Bildung (FB 1), GEW/Verdi-WB-Liste im Senat.